

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 9

Artikel: Ein Beispiel direkter Aktion für den Umweltschutz
Autor: Bone, Jan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141926>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Beispiel direkter Aktion für den Umweltschutz

Von Jan Bone

Die «United Carbon-Black»-Fabrik, gelegen bei Port Tenant in der Nähe von Swansea (Wales), stellt eine bestimmte Schwärze für industrielle Zwecke her. Die Leitung ist amerikanisch. Obwohl es eine große Fabrik ist, hat sie nur eine kleine, nicht organisierte Belegschaft.

Aber die Fabrik stellt nicht nur Schwärze her, sie produziert gleichzeitig ungeheure Wolken klebrigen Rußes, der beständig auf die nahe gelegenen Häuser herabregnet. Der Ruß macht es unmöglich, Wäsche im Freien zu trocknen — in einer Stunde ist sie schwarz. Aber der Ruß kommt auch in die Häuser und legt sich auf Eßwaren, Möbel, Kinder und Babies. Ein Betriebsleiter bemerkte dazu, die Leute lebten ja hier ohnehin in Slums — was sollten also die Klagen?

Port Tenant ist eine Arbeitersiedlung mit gleichförmigen Häuserreihen. Seit undenklichen Zeiten hat sie Arbeitervertreter gewählt, aber zwanzig Jahre Protest beim Arbeiterrat haben die Situation nicht geändert. Im Januar 1971 standen die Sachen so schlimm wie je. Proteste an den Arbeiterrat, die Abgeordneten, die Gesundheitsbehörde, hatten sich als nutzlos erwiesen und nun beschlossen die Arbeiter, auf andere Weise zu ihrem Recht zu kommen. Auf einer Versammlung im Januar wurde der Plan gefaßt, den Zufahrtsweg zur Fabrik zu blockieren, und nicht zeitweilig, sondern bis die Verschmutzung abgestellt worden sei.

Es wurde ein Komitee gewählt, in das jede Straße einen Vertreter zu entsenden hatte. Das Komitee sollte den Zeitpunkt des Beginns festsetzen. Wenn es soweit wäre, sollte jedes Komiteemitglied alle Haushalte seiner Straße benachrichtigen.

Am 1. Februar kündigte die Fabrik eine Erweiterung ihrer Produktion um 25 Prozent an. Am 3. Februar um 9.30 Uhr begaben sich fünfzig Hausfrauen auf den Weg zur Fabrik und setzten sich dort nieder. Es war kein symbolischer Akt. Der Zweck war dauernde Sperrung.

Kleine und große Lastwagen, die Material zur Fabrik bringen sollten, wurden zum Halten gebracht. Angestellte und andere Personen, die zur Fabrik wollten, wurden von der Polizei durch die Menge begleitet. Zum Verdruß und zur Überraschung der Fabrikleitung wurde die Blockade bei Einbruch der Nacht nicht abgebrochen, und sie hatte doch den Wagenführern tröstend sagen lassen, sie sollten einstweilen nur parken, in der Nacht würde der Weg schon frei werden.

Wenn der Leitung noch Zweifel geblieben waren, ob die Belagerer es ernst meinten, so wurden diese rasch zerstreut. Ein großes Zelt wurde mitten auf dem Weg aufgestellt und Feuer wurden entzündet. Nahrungsvorräte, Stühle, Radios wurden gebracht. Mahlzeiten wurden hier vor-

bereitet und eingenommen. Örtliche Händler brachten Holz, Kohlen und anderen Bedarf. Ein Fischgeschäft schickte eine große Menge frischer Pasteten, und ein anderes kleines Geschäft blieb bis vier Uhr nachts geöffnet, um der Nachtschicht Tee und Brötchen zu liefern.

Wie die Zeit fortschritt, wurde die Organisation verbessert. Um dem kalten Wetter standzuhalten — und die erste Woche gab es starke Stürme mit Regen und Hagel — wurde ein Tau über die Straße gespannt und mit geteertem Segeltuch behängt, eines mit einem Plakat: «Wir weichen nicht, auf die Gefahr einer Lungenentzündung!».

Gruppen von fünfzig lösten einander zwanglos ab. «Wir fragen in den Häusern nach, wer heute kommen kann und wer nicht.» Die ganze Tagesordnung wurde der Blockade angepaßt. Die Frauen standen sehr frühzeitig auf, um für Männer und Kinder das Frühstück zu bereiten und begaben sich dann eilends «zum Dienst». Nachts hatten die Männer Dienst, auch wenn sie soeben von der Arbeit gekommen waren. Selbst die lokale Zeitung fühlte sich angeregt, zu schreiben: «Abends ist die Kameradschaft am intimsten. Die Leute bringen Schallplatten mit und essen gemeinsam.» Viele Männer nahmen jetzt ihren Urlaub, um teilnehmen zu können, obwohl einer bemerkte: «Für gewöhnlich verbringen wir unsere Ferien ja nicht eben an der 'Port-Tenant-Riviera'.» Die gute Laune brach sich immer Bahn.

Während der ganzen Zeit wurden keine Fahrzeuge irgendwelcher Art in die Fabrik hinein noch aus ihr heraus gelassen. Die Angestellten konnten kommen und gehen. Natürlich machte sich die Wirkung der Blockade auf die Produktion bald bemerkbar, wenn auch eine volle Woche verging, bis die Leitung das zugab. Nach drei Wochen mußten mehrere Abteilungen geschlossen werden, die Angestellten auf Wartedienst gesetzt und die Erzeugnisse gestapelt werden.

Zu diesem Zeitpunkt schlug die Leitung einen «Waffenstillstand» vor. Er wurde sofort abgelehnt. Sie wies darauf hin, daß die Fabrik die gesetzlichen Vorschriften erfüllte — was sie auch tat. Nun wandte sie sich an den Staatssekretär für Wales, mit dem auch schon der Rat von Swansea in Verbindung getreten war — nur zu froh, einem anderen den schwarzen Peter zuschieben zu können. Die Tatsache, daß die Leitung nun aktiv wurde, zeigte, daß die Drohung der Protester, bis zum nächsten Weihnachtsfest zu bleiben, einige Wirkung getan hatte: «Wir haben hier nicht siebzehn Tage auf der Straße gelegen — für nichts. Wir bleiben.» Ein Regierungsvertreter kam, um sich zu informieren. Während seiner Anwesenheit stand die Produktion still. Nach seiner Abreise wurde sie wieder in Gang gesetzt.

Aber die Behinderung durch die Blockade wurde doch mit jedem Tag mehr fühlbar. Am 26. Februar fand ein Treffen zwischen der Fabrikleitung, dem Rat von Swansea und den Protestern statt. Die Leitung machte einige Zugeständnisse. Der Schmutz sollte wirksamer bekämpft

und für die fällige Frühjahrsreinigung sollten 200 000 Pfund aufgewendet werden. Und was noch wichtiger war: Die Produktion sollte stillgelegt werden, wenn starke östliche Winde wehten. Endlich wurde ein Komitee gebildet, bestehend aus den Einwohnern von Port Tenant, dem Rat und der Fabrikleitung. Es hatte die Aufgabe, die Verschmutzung zu kontrollieren. Auch wurde in Aussicht gestellt, die Pläne für eine Erweiterung fallen zu lassen.

Waren diese Vorschläge ein Sieg für die Bewohner oder nicht? Das hing natürlich davon ab, wie man sie auslegte. Was heißt «ein starker Ostwind»? Würden die Entscheidungen des Komitees befolgt werden? Würde die Leitung wirklich die 200 000 Pfund aufwenden? Würden die neuen Maßnahmen wirksamer sein als die bisherigen? — Nur die Zeit konnte die Antwort geben.

Halben Herzens stimmten die Protester zu. Howard Bevan sprach für viele, als er sagte: «Viele von uns sind nicht befriedigt. Alle diese Versprechungen haben wir schon früher gehört. Wir haben nun unsere Behausungen hier zwar abgerissen, aber wir haben sie nicht weit vom Fabrikeingang aufbewahrt. Hält die Fabrik ihr Versprechen nicht, wird es uns nicht viel kosten, sie wieder aufzurichten. Alles, was wir jetzt tun können, ist, zu warten und zu sehen, wie die Dinge laufen. Aber wenn wir die Blockade erneuern müssen, wird sie anders aussehen. Drei Tage danach wurde bekannt gegeben, daß man den Plan einer Erweiterung habe fallen lassen.

Die Blockade hatte vierundzwanzig Tage gedauert, mitten im Winter. Nach Jahren vergeblichen Flehens hatte das Volk von Port Tenant sich zu einer Aktion zusammengefunden. Und wenn viele von dem Ergebnis nicht befriedigt waren, so war doch niemand darüber im Zweifel, daß die Methode richtig gewesen war.

Alle sprachen ihre Verachtung für die Regierung aus und waren überzeugt, daß sie auch in Zukunft nur auf sich selbst zählen könnten.

Nach einigen wichtigen Grundsätzen war gehandelt und einige Mythen waren zerstört worden. Die Leitung einer großen Fabrik hatte sich damit abfinden müssen, daß Menschen in ihrer Nähe etwas zu ihrer Produktion zu sagen hatten. Die Aktion war nicht ein symbolischer Protest gewesen. Sie bedeutete: Zeigt nicht nur, daß ihr eine Fabrik zum Stillstand bringen könnt — tut es!

Das Jammern der Politiker und Geschäftsleute über Verschmutzung hatte sich wieder einmal als fromme Heuchelei erwiesen. Die Fabrik handelte völlig gesetzmäßig, als sie Gesundheit und Eigentum der Menschen ruinierte, und ihr konservativer Vertreter im Parlament, dem Umweltzerstörung das zweite Wort ist, fand gar nichts darin, daß die Verschmutzung andauerte. Sie hätte völlig beseitigt werden können, wenn die Fabrik die Mittel dafür hätte zur Verfügung stellen wollen. Das wußte jeder. Aber es hätte eine Lücke in den Profit gerissen.

Mrs. Barbara Davies faßte die Lehre zusammen: «Ich erinnere mich, daß wir einst Seerosen, Schilf, Brombeeren u. a. aus der Umgebung des Kanals holten. Als Kinder schwammen wir in dem Wasser und Spiele wurden veranstaltet. Jetzt müssen wir unsere Fenster jeden Tag waschen und können nicht wagen, das Baby in seinem Wagen in den Garten zu stellen . . . alles zu einer Zeit, wo jeder über Verschmutzung spricht.»

Aber das wichtigste: Die Menschen von Port Tenant haben einen neuen Kameradschaftsgeist entwickelt und Vertrauen gewonnen zu ihrer Fähigkeit, sich ihre Umwelt zu erhalten. — Die Lehre ist nicht verloren.
(Übersetzt von Karl Struve) Aus: «Peace News», 9. Juli 1971

Entwicklungshilfe in chinesischer Sicht

Während die Regierungen der industrialisierten Nationen des Westens sich den Kopf zerbrechen, wie man Entwicklungshilfe mit dem eigenen Vorteil verbinden kann, ohne dies zu sehr in Erscheinung treten zu lassen, wird uns vom Osten wieder einmal ein Licht aufgesteckt, über das sich fortschrittliche Kreise nur freuen können. Die englische Zeitschrift «Broadsheet» (Sept. 1971) gibt die Erfahrungen einiger der zurückgebliebenen Völker wieder. «Broadsheet» zitiert eine Zeitschrift «Essor», die in Mali, einem westafrikanischen Staat, erscheint. (30. Dez. 1970)

Wir lernen da die acht Grundsätze wirtschaftlicher Hilfe kennen, die Tschou En-lai schon im Januar 1964 in Afrika bekannt gab, und die seither nicht nur eingehalten, sondern im Gegenteil zugunsten der Empfängerländer verbessert worden sind. Sie schlugen allen kapitalistischen und kaufmännischen Überlegungen so sehr ins Gesicht, daß man sich nicht wundern muß, wenn sie in westlichen Gazetten nicht publiziert werden.

Chinas Grundsätze der Entwicklungshilfe verraten in jedem Satz die Erfahrung eines Landes, das vor nicht so langer Zeit das Kolonialregime abwarf. Erwähnen wir zum Beispiel den Respekt für die Souveränität des Empfängerlandes, der nach chinesischer Ansicht verlangt, daß dem Geberland keine Vorrechte zugestanden werden dürfen; auch Bedingungen irgendwelcher Art dürfen nicht mit der Hilfe verbunden sein. Wenn die Unterstützung, zum Beispiel dazu dient, Mineralvorkommen zu erschließen, kommt eine Bezahlung mit Erzen aus dem neuen Bergwerk gar nicht in Frage, noch weniger darf eine Entschädigung in Form einer Bereitstellung von Stützpunkten oder von Frachterleichterungen erfolgen. Hilfe verbunden mit solchen Gegenleistungen betrachten die Chinesen einfach als eine Variante direkter Ausbeutung.